

Antrag	Antragsteller*in	Änderungswunsch	Verfahrensvorschlag	Modifizierter Text
WP-03-5	Manfred Beck und Martina Lilla-Oblong u.a.	bitte ergänzen: Gute Bildung von Anfang an, Betreuung und....	Übernahme	
WP-03-85	LAG Säkulare Grüne	ersetze "Ein neues Kita-Gesetz soll die Trägervielfalt einschließlich der Elterninitiativen erhalten. Kitas der Zukunft sind inklusiv und multikulturell" durch „Ein neues Kita-Gesetz soll allen Kindern auch ein weltanschaulich neutrales Angebot ermöglichen, welches bestehende de-facto-Monopole religiöser Träger, die nicht zuletzt durch die Vergabepaxis der öffentlichen Hand erst entstanden sind, abbaut. Trägervielfalt einschließlich der Elterninitiativen soll erhalten bleiben.“	Modifizierte Übernahme	Ein neues Kita-Gesetz soll die Trägervielfalt erhalten und fördern. Dies impliziert kommunale, weltanschaulich neutrale und konfessionelle Träger ebenso wie Elterninitiativen. Kitas der Zukunft sind inklusiv und multikulturell.
WP-03-129	Sylvia Olbrich u.a.	Alt: Z 129-131 Hierzu gehört eine zertifizierte Qualifizierung der Tagespflegepersonen mindestens auf dem Niveau des 160 Ausbildungsstunden umfassenden Lehrplans des Deutschen Jugendinstituts sowie verpflichtende Weiterbildungen. Neu: Hierzu gehört eine verpflichtende , zertifizierte Qualifizierung der Tagespflegepersonen mindestens auf dem Niveau des 160 Ausbildungsstunden umfassenden Lehrplans des Deutschen Jugendinstituts sowie verpflichtende Weiterbildungen.	Übernahme	
WP-03-206	Sylvia Olbrich u.a.	Alt: Z 206-208 Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen Familien in ihrer jeweiligen Lebenssituation unterstützen. Neu: Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Hierzu zählen für uns auch Pflegefamilien. Wir wollen alle Familien in ihrer jeweiligen Lebenssituation unterstützen	Modifizierte Übernahme	Hinter Zeile 214 einfügen: Wir wollen Pflegefamilien unterstützen und setzen uns auf Bundesebene für eine entsprechende Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) ein, um ihre Rechte zu stärken.
WP-03-223	LAG Frauen	Das System der Frühen Hilfen wird auch dahingehend ausgebaut, neu zugewanderte Familien in den Unterkünften zu erreichen.	Übernahme	

WP-03-328	OV Alfter u.a.	In WP 03 (Partizipation/ Jugendliche wirksam beteiligen) wird in Zeile 328 folgender Satz angefügt: „Beteiligung am kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben bedeutet auch, Begegnungsstätten und Menschen zu erreichen. Dies kann teuer sein. Deshalb wollen wir im Rahmen einer neuen erweiterten Nahverkehrsfinanzierung prüfen, ob Kinder und Jugendliche kostenlos die öffentlichen Nahverkehrsmittel in NRW nutzen können (Näheres unter „Bahn- und ÖPNV-Angebot und -Finanzierung verbessern“.)	Zurückgezogen	
WP-03-364	Pegah Edalatian, KV Düsseldorf Dagmar Hanses, KV Soest	...oder auch Gewaltprävention..(einfügen)sowie für die Verlässlichkeit der Strukturförderung...muss...	Übernahme	
WP-03-365	Pegah Edalatian, KV Düsseldorf Dagmar Hanses, KV Soest	in Zeile 365 einfügen: Wir möchten prüfen, ob eine jährliche Dynamisierung möglich ist.	Zurückgezogen	
WP-03-384	Werner Hager u.a.	füge ein: “Das NRW-Staatsprinzip der Gottesfurcht als “vornehmstes Ziel der Erziehung“ ist euphemistisch gesprochen wenig emanzipatorisch. Dieses sollte durch eine an Freiheit und Humanismus orientierte Konzeption ersetzt werden.“	Modifizierte Übernahme	In Zeile 393 einfügen: Die Herleitung von Demokratie und Menschenrechten aus Aufklärung und Humanismus sowie der emanzipatorische Auftrag der Bildung im Bildungsauftrag der Schule müssen gerade angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen umfassender gelebt werden und für alle gesellschaftlichen Bildungsträger gelten.
WP-03-467	KV Hagen	WP-03 Zeile 467-472 ersetzen durch: Wir haben einen bekenntnisorientierten Islamischen Religionsunterricht eingeführt, in dem Schüler*innen von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften in deutscher Sprache und mit deutschen Curricula unterrichtet werden sollen. Er wird von einem Beirat gemeinsam verantwortet, in den neben dem Schulministerium weiterhin einige politische Islamverbände Mitglieder entsenden, welchen wir aktuell die Anerkennungsfähigkeit als Körperschaften verweigern, und die nur einen kleinen Teil der hier lebenden Muslime vertreten. Vertreter des eigentlich weltanschaulich neutral sein sollenden Staates und Vertreter von Nichtreligionsgemeinschaften entscheiden also über den Inhalt eines religiösen Bekenntnisses – und dies konfessionsübergreifend! Dieses Modell einer staatlich gesteuerten künstlichen Pseudoislamkirche hat bereits in kurzer Zeit zu zwei Lehramtskonflikten an der Universität Münster geführt, da die Verbände wissenschaftliche Islamforschung und Lehramtsausbildung, welche zu ihnen nicht genehmen	Zurückgezogen	

		Erkenntnissen führt, beseitigen wollen. Daher ist es überfällig, die Hochschulautonomie besser zu sichern und generell die Theologien vor solchen Übergriffen zu schützen. Das Beiratsmodell ist abzuschaffen. Faktisch wird mit dem Beiratsmodell zudem das Grundgesetz umgangen, welches ausdrücklich nur eine spezifische Religionsgemeinschaft als Vertragspartner für einen jeweiligen Bekenntnisunterricht vorsieht. Es gibt ja auch keinen monolithischen christlichen Religionsunterricht, sondern katholischen, evangelischen, altkatholischen, griechisch-orthodoxen usw. Das deutsche Staatskirchenrecht wurde anhand hiesiger Kirchenstrukturen entwickelt und ist unverändert so auf den ganz anders verfassten muslimischen Bereich nur unter Verletzung der Verfassung und mit massiver illegitimer staatlicher Einmischung in die Religion zu verwirklichen. Es ist auch daher dringend grundsätzlich zu reformieren.		
WP-03-467-2	LAG Säkulare Grüne	streichen „Wir haben den Islamischen Religionsunterricht eingeführt, in dem Schüler*innen von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften in deutscher Sprache und mit vom Schulministerium, erstellten Curricula unterrichtet werden. Er wird von einem Beirat, in den die muslimischen Verbände und das Schulministerium paritätisch Mitglieder entsenden, gemeinsam verantwortet. Für die Lehrerbildung haben wir einen eigenen Lehrstuhl in Münster geschaffen. NRW ist damit bundesweiter Vorreiter.“	Modifizierte Übernahme	Absatz ändern in: Wir haben als Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung den Islamischen Religionsunterricht eingeführt, in dem Schüler*innen von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften in deutscher Sprache und mit vom Schulministerium erstellten Curricula unterrichtet werden. NRW ist damit bundesweiter Vorreiter. Für die Lehrerbildung haben wir einen eigenen Lehrstuhl in Münster geschaffen.
WP-03-473	KV Hagen	WP-03 Zeilen 473-474 ersetzen durch: Die von uns erreichte Erleichterung der Umwandlung staatlicher Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen, löst die durch dieses weiter bestehende Relikt bedingten Diskriminierungen noch nicht. Daher streben wir langfristig die Abschaffung staatlicher Konfessionsschulen an. Solange diese jedoch bestehen, ist besser als bisher sicherzustellen, dass die Grundrechte eingehalten werden.	Modifizierte Übernahme hinter modifizierter Übernahme von WP 05-1245-2	Füge ein hinter WP-05-1254 Gerade die Grundschulen müssen für alle Schüler*innen offen und diskriminierungsfrei zugänglich sein. Die Gemeinschaftsgrundschule gewährleistet das Prinzip „kurze Beine kurze Wege“ sowie Pluralität gegenüber Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen. Auch die negative Religionsfreiheit muss beachtet werden. Segregation in der Gesellschaft darf nicht durch Konfessionen oder Religionszugehörigkeiten verstärkt werden. Daher wollen wir, dass die Bekenntnisgrundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen umgewandelt werden. Nur in NRW und Niedersachsen sind die Bekenntnisgrundschulen noch in der Verfassung verankert. Wir GRÜNE in NRW wollen Mehrheiten für eine Verfassungsänderung suchen.
WP-03-509	René El Saman u.a.	nach Zeile 509 einfügen:	Modifizierte	Ergänze hinter Zeile 717:

		Dennoch sehen wir die Präsenz von Bundeswehr an Schulen weiterhin grundsätzlich kritisch. Schulen müssen in ihrem ausschließlich zivilen Charakter erhalten bleiben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bundeswehr, in Form von Jugendoffiziersvorträgen und anderem, an Schulen in NRW nicht mehr präsent ist. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass auch andere Formen der Ansprache Minderjähriger durch die Bundeswehr, etwa durch Jugendfreizeitangebote, Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten und Ähnliches, deutlich beschränkt werden.	Übernahme	Wir sehen die Präsenz der Bundeswehr an Schulen weiterhin kritisch und setzen uns für eine reale Gleichstellung und Gleichberechtigung von Bundeswehr und Friedensorganisationen bei Besuchen in den Schulen ein. Dazu sind die Friedensorganisationen finanziell ausreichend zu unterstützen. Gleichzeitig werden wir noch intensiver kommunizieren, dass Schulkonferenzen einen Bundeswehrrbesuch komplett ablehnen können. Die Praxis der Schulen dazu werden wir evaluieren und gemeinsam prüfen, ob der Kooperationsvertrag aufgekündigt werden soll. Es muss sichergestellt werden, dass Jugendoffiziere keine Werbung für die Bundeswehr betreiben. .
WP-03-522	KV Gelsenkirchen u.a.	Nach Zeile 522 einfügen: Weiterführende Schulen wollen wir verpflichten, eine Beauftragte und / oder eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe für Evaluation und Qualitätsentwicklung einzurichten, die Schulleitung, Lehrkräfte und die schulischen Gremien berät, wichtige Vorhaben evaluiert und in jedem Schuljahr über Erkenntnisse und Fortschritte berichtet.	Modifizierte Übernahme	Wir wollen, dass weiterführende Schulen für ihre interne Evaluation und Qualitätsentwicklung verstärkt Steuergruppen bilden, die Schulleitung, schulische Gremien und Lehrkräfte kontinuierlich beraten.
WP-03-522-2	Robert Schallehn u.a.	nach 522 Wir wollen für mehr Transparenz bei der Benotung von Referendarinnen und Referendaren sorgen. So soll z. B. bei der „Unterrichtspraktischen Prüfung“ in Zukunft die Begründung für die Note offengelegt werden.	Modifizierte Übernahme	Die Bewertung der unterrichtspraktischen Prüfungen soll um verbindliche Feedback-Elemente erweitert werden.
WP-03-527	GRÜNE JUGEND NRW	Ergänze nach dürfen: „Perspektivisch streben wir ein Schulangebot an, dass Betreuung und Unterricht im Zeitraum von 07.30 Uhr bis 20 Uhr flächendeckend anbietet. Dabei soll die Anwesenheitspflicht auf den Zeitraum von 10 Uhr bis 16 Uhr begrenzt werden.“	Modifizierte Übernahme	Insbesondere bei der Weiterentwicklung des Ganztags sollen perspektivisch solche Fragen der Flexibilisierung und Gesamtöffnung mit berücksichtigt werden. Dabei gilt es allerdings auch, die Verbindlichkeit des Bildungsangebots zu gewährleisten.
WP-03-562	KV Mönchengladbach	Am Ende des Absatzes in Zeile 562 ergänzen: „Ästhetische Erziehung wollen wir als Schulfach einführen.“	Modifizierte Übernahme	Die ästhetische Erziehung wollen wir besonders fördern.
WP-03-611-2	KV Dortmund	Ergänzung eines neuen Absatzes z.B. hier nach Z. 611: Wir wollen die längst überfällige Erarbeitung aktueller Lehrpläne für den Unterricht in den unterschiedlichen Förderschwerpunkten mit Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf, die den aktuellen didaktischen Erkenntnissen und Anforderungen entsprechen.	Modifizierte Übernahme	Ergänze nach Zeile 611 im Anschluss an WP-03-611-3 Wenn der dazu notwendige KMK-Prozess, den NRW nachdrücklich eingefordert hat, abgeschlossen ist, werden wir die Lehrkräfte mit neuen Kernlehrplänen darin unterstützen, die Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf nach aktuellen didaktischen Erkenntnissen und Anforderungen zu unterrichten.

WP-03-611-3	KV Soest	Ergänzung Zeile 611: "Die erforderlichen finanziellen Mittel sollen bereitgestellt werden."	Modifizierte Übernahme	Davon profitieren alle Schüler*innen, denn durch eine gelingende Inklusion werden starke Impulse für eine positive schulische und gesellschaftliche Entwicklung gegeben.
WP-03-626	KV Hagen	WP-03 Zeilen 626-631 ersetzen durch: Schüler*innen werden familiär unterschiedlich weltanschaulich sozialisiert. Die Heterogenität dessen nimmt zu, die tatsächliche Bindung an Gemeinschaften nimmt ab, die Anzahl konfessionell ungebundener Schüler*innen steigt hingegen kontinuierlich an. Wir lehnen es ab, Menschen auf das Merkmal der Religion in der Wahrnehmung zu reduzieren. Wir bezweifeln, dass ausgerechnet ein auf Unterscheidung angelegtes Merkmal der Integration dient. Das Recht der Schüler*innen, auch religionswissenschaftlich informiert zu werden, kann durch dezidiert bekenntnisorientierte religiöse Unterweisung, welche Schüler*innen trennt, und Bekenntnisinhalte als „Wahrheiten“ vermittelt, gerade nicht geleistet werden. Deswegen wollen wir für Sinn-, existentielle und Wertefragen einen integrativen Unterricht für alle auf religionswissenschaftlicher und philosophischer Basis ermöglichen. Dies beginnt mit der Einführung eines Faches „Philosophieren mit Kindern“ in der Grundschule. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht als grundgesetzlich garantiertes Lehrfach, soll ab der 7. Schulklasse zusätzlich angeboten werden, allerdings nicht versetzungsrelevant. Das Schulgesetz wollen wir hierzu ändern.	Zurückgezogen	
WP-03-631	LAG Säkulare Grüne	füge ein: "Wir wollen Schulen verpflichten, über das Recht auf Abmeldung vom Religionsunterricht aufzuklären. Religionsunterricht richtet sich nur an bekenntnisangehörige Schüler*innen, konfessionsfremde Schüler*innen brauchen sich nicht mal abzumelden, um nicht teilzunehmen. Eine Begründung ist in keinem Fall erforderlich."	Modifizierte Übernahme	Füge ein hinter WP-05-1255 Es ist verstärkt darauf zu achten, dass Schulen über die Freiwilligkeit der Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht informieren.
WP-03-635	KV Hagen	WP-03 nach Zeile 635 einfügen: Die Grünen werden im Landtag und ebenso in Regierungsverantwortung kurzfristig durch Erlasse und/oder Verwaltungsvorschriften darauf hinwirken, dass Eltern wie auch Schülerinnen und Schüler durch Lehrkräfte über die grundsätzliche Freiwilligkeit der Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht informiert werden.	Erledigt durch modifizierte Übernahme von WP-03-631	
WP-03-638	KV Hagen	Zeile 638: ersetzen „deutlich und bedarfsgerecht“ durch „weiter“. Der Satz heißt dann: Der Offene Ganztag in der Grundschule und der gebundene in der Sekundarstufe I sind weiter ausgebaut worden.	Zurückgezogen	

WP-03-646	Martin Metz u.a.	Ergänze: Wir wollen rechtliche Hürden für gute Ganztagsangebote abbauen und so zum Beispiel auch allen Kommunen ermöglichen, bislang haushaltsrechtlich „freiwillige“ Schulbusse für Ganztagsangebote einrichten zu können.	Modifizierte Übernahme	Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kommunen Schulbusse für Ganztagsangebote einrichten können.
WP-03-649	KV Herne	Die Grünen in NRW sprechen sich dafür aus, den Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, gebundene Ganztagsgrundschulen, also für alle Schüler*innen verpflichtende Ganztagschule, einzurichten, sofern sich die Schulkonferenzen dafür entscheiden. Bisherige Kooperationspartner in der OGS können eingebunden werden, wichtig ist ein didaktisches Gesamtkonzept. Bildung und Betreuung sollen nicht mehr voneinander getrennt werden. Die bisherigen Öffnungszeiten der OGS müssen erhalten bleiben.	Modifizierte Übernahme	Nach WP-03-649-3 einfügen: Wir GRÜNE wollen es erleichtern, auch gebundene, also für alle Schüler*innen verbindliche Ganztagschulen, einzurichten, wenn sich die Schulkonferenz dafür ausspricht. Dazu sollen die Kooperationspartner der OGS in ein didaktisches Gesamtkonzept eingebunden werden.
WP-03-649-2	KV Hagen	einfügen: „Im Rahmen eines Modellversuchs wollen wir zusätzlich Kommunen die Möglichkeit geben, an einzelnen Schulen den gebundenen Ganztags zu erproben.“	Erledigt durch modifizierte Übernahme WP-03-649	
WP-03-649-3	KV Gelsenkirchen u.a.	Der Satz aus Zeile 654f muss nach vorne hinter Zeile 649 geholt werden Mittelfristig ist es unser Ziel, auch den Offenen Ganztags für alle Eltern beitragsfrei zu gestalten. Ergänzung nach der zu Zeile 649 vorgezogenen Zeile 654/55 alt: Wir wollen über Modellversuche in sozial besonders belasteten Quartieren das Erfolgsmodell Familienzentren auf das Ganztagsangebot in Grundschulen ausweiten.	Übernahme	
WP-03-650	KV Gelsenkirchen	„die Spielräume für die Kapitalisierung zur Mitwirkung außerschulischer Partner erhöhen“ streichen und ersetzen durch: „..ausbauen die finanziellen Mittel für die Mitwirkung außerschulischer Partner erhöhen.“	Übernahme	
WP-03-680	LAG Säkulare Grüne	ersetze „Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und andere Menschenfeindliche Positionen müssen immer wieder aufs Neue bekämpft werden“ durch „Menschenfeindliche Positionen und Ideologien wie zum Beispiel Frauenverachtung, Sexismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Homophobie, müssen dringend emaskiert und ihnen aktiv aufklärend entgegen gewirkt werden.“	Modifizierte Übernahme	Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus, Frauenverachtung, Nationalismus und andere menschenfeindliche Positionen müssen immer wieder aufs Neue demaskiert und bekämpft werden.
WP-03-684	LAG Säkulare	einfügen:	Modifizierte	Satz 683 ändern in:

	Grüne	„Auseinandersetzungen sind auf der Basis rationaler Argumente zu führen und legitime Kritik darf in einer offenen pluralen Gesellschaft nicht tabuisiert werden.“	Übernahme	Demokratisches Handeln und kritisches Denken müssen von Kindesbeinen erlernt und immer wieder anschaulich erfahren und neu gestaltet werden.
WP-03-688	Dieter Schöffmann u.a.	nach Zeile 688 einfügen: „Lernen von und durch Bürgerengagement“ (ServiceLearning / Engagementlernen) wird für alle öffentlichen Schulen in NRW als verbindliches pädagogisches Element eingeführt. Alle Schulen erhalten die Vorgabe, pädagogische Konzepte des „Engagementlernens“ in geeignete Unterrichtsformate wie den Projektunterricht, Gesellschaftskunde u.a.m. zu integrieren.	Modifizierte Übernahme	Nach Zeile 691 einfügen: Schulen sollen das zivilgesellschaftliche Engagement ihrer Schülerinnen und Schüler verstärkt unterstützen und den Ansatz des „Engagementlernens“ in geeignete Unterrichtsformate integrieren.
WP-03-691	GRÜNE JUGEND NRW	Ergänze nach Z. 691: „Disziplinarkonferenzen in den Schulen wollen wir abschaffen. Alternativen zu Disziplinarkonferenzen wollen wir gemeinsam mit Schüler*innenverbänden und Lehrer*innenverbänden erarbeiten.“	Modifizierte Übernahme	Nach Zeile 691 einfügen (im Anschluss an WP-03-688) Schule lebt von einem respektvollen Miteinander. Um Disziplinarkonferenzen möglichst zu vermeiden, sollen auftretende Konflikte gemeinsam von Schulleitung, Lehrkräften, Eltern und Schüler*innen bearbeitet und möglichst gelöst werden.
WP-03-702	Berivan Aymaz u.a.	„Die Erinnerungsarbeit muss dabei stärker die neuen interkulturellen Verhältnisse berücksichtigen. Dabei wollen wir die Aufarbeitung der deutschen Beteiligung an den Völkermorden an den Hereros und den Armeniern im Osmanischen Reich auch in NRW Schulbüchern verankern.“	Modifizierte Übernahme	Die Erinnerungsarbeit muss dabei stärker die neuen interkulturellen Verhältnisse berücksichtigen. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der deutschen Beteiligung an den Völkermorden an den Herero und Nama sowie den Armeniern im Osmanischen Reich.
WP-03-718	Jörg Grünauer	alt: Bildung für nachhaltige Entwicklung systematisch ausbauen neu: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) / BNE systematisch ausbauen	Übernahme	
WP-03-724	Robert Schallehn	Zeile 724 alt: So sollen Themen wie Klimawandel, Ressourcenmangel, sozialer Zusammenhalt und globales Lernen fächerübergreifend in den Lehrplänen verankert werden. neu So sollen Themen wie Klimawandel, Ressourcenmangel, Biodiversitätsverlust , sozialer Zusammenhalt und globales Lernen fächerübergreifend in den Lehrplänen verankert werden.	Übernahme	
WP-03-725	LAG Mensch & Tier	weitere Ergänzung zu WP-03-724: So sollen Themen wie Klimawandel, Ressourcenmangel, Biodiversitätsverlust , sozialer Zusammenhalt und globales Lernen fächerübergreifend in den Lehrplänen verankert werden. weiter angefügt: ...verankert werden. So kann konkret im Lehrplan bspw. Tier- und Artenschutzunterricht erfolgen, der zum kritischem Denken anregt und somit Schüler*innen u.a. derart befähigen kann,	Erledigt durch Übernahme von WP-03-724	

		das individuelles und auch gesellschaftliches Handeln Einfluss auf komplexe Naturereignisse, wie auf die o.a. Biodiversität - positiv oder eben auch negativ - haben wird; oder eben in einem anderen pädagogischem Lehrkontext den direkten Einflussbereich (die Relation Handeln <-> Einfluss) im häuslichen Umfeld bei der eigenverantwortlichen Tierhaltung oder einem landwirtschaftlichem Betrieb darlegt.		
WP-03-734	Robert Schallehn u.a.	nach 734 Auch weiterhin sind die wissenschaftlich geführte zoologische Gärten sind für uns ein wichtiger Partner in der BNE.	Modifizierte Übernahme	Nach Zeile 734 einfügen: Außerschulische Lernorte wie Biologische Stationen, zoologische Gärten oder Biobauernhöfe bleiben für uns wichtige Partner.
WP-03-736	LAG Kultur	Hinter Zeilen 736 folgenden Absatz einfügen: Zu einem umfassenden Bewusstseinswandel kann es dabei nur dann kommen, wenn das Innere der Menschen berührt wird, was für einen Selbstbezug, die Problemerkennntnis und Handlungsumstellung maßgeblich ist. Künstlerische Methoden helfen den Horizont zu erweitern, führen zu Selbstreflexion und wirken integrativ. Deshalb wollen wir Grünen uns verstärkt für den Einbezug der kulturellen Dimension in den Nachhaltigkeitsdiskurs einsetzen, interdisziplinären Dialog ermöglichen und Experimentierräume öffnen.	Übernahme	
WP-03-747	LAG Medien/Netz	Ersetze die Absätze von Zeile 747 bis Ende Zeile 769 mit folgenden Absätzen: "Dazu arbeiten wir an einem Gesamtmodell, in dem Digitale Medien, Digitale Infrastruktur, CloudDienste, Medienpädagogik, Informatik und Qualifizierung als Einheit gedacht werden. Bund, Länder und Kommunen müssen hier gemeinsam Verantwortung übernehmen und miteinander kooperieren. Leitbild ist für uns eine digitale Kompetenz, die nicht nur einen bewussten und geübten Umgang mit digitalen Systemen umfasst, sondern auch die technologisch-informatischen Grundlagen der Digitalisierung beinhaltet. Denn die Fähigkeit unserer Gesellschaft, sich wirtschaftlich, politisch, sozial und kulturell zu entwickeln und zu bestehen, wird mit der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche elementar davon abhängen, ob wir Kindern und Jugendlichen ermöglichen, digitale Systeme mittels Codes, Algorithmen, Datenvernetzung und Computational Thinking planvoll zu erschaffen und zu verändern und an der digital geprägten Welt kommunikativ, kooperativ, kreativ und kritisch reflektierend teilzuhaben. Die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung wollen wir dabei auch in der Bildung als Querschnittaufgabe fassen und in allen Schulfächern abbilden. Hierbei spielt die einzelne Schule als	Modifizierte Übernahme	Ersetze die Absätze von Zeile 747 bis Ende Zeile 769 mit folgenden Absätzen: Wir haben in der Landesregierung ein umfassendes Leitbild „Lernen im Digitalen Wandel“ in einem breiten Beteiligungsprozess entwickelt. Wir GRÜNE stehen dafür, dieses Leitbild umzusetzen: Darin werden Digitale Medien, Digitale Infrastruktur, Cloud-Dienste, Medienpädagogik, Informatik und Qualifizierung als Einheit gedacht. Bund, Länder und Kommunen müssen hier gemeinsam Verantwortung übernehmen und miteinander kooperieren. Leitend ist für uns eine digitale Kompetenz, die nicht nur einen bewussten und geübten Umgang mit digitalen Systemen umfasst, sondern auch die technologisch-informatischen Grundlagen der Digitalisierung beinhaltet. Denn die Fähigkeit unserer Gesellschaft, sich wirtschaftlich, politisch, sozial und kulturell zu entwickeln und zu bestehen, wird mit der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche elementar davon abhängen, ob wir Kindern und Jugendlichen ermöglichen, digitale Systeme mittels Codes, Algorithmen, Datenvernetzung und

	<p>zentraler Ort des gemeinsamen Lernens im Kollegium und zwischen Lehrenden und Lernenden eine zentrale Rolle. In einer ersten Phase soll der bereits eingeführte Medienpass um informatische Kompetenzen erweitert und für alle Schüler verbindlich werden. Informatik als Wahlpflichtfach oder als IT-Grundbildung macht Sinn, damit Lernen im digitalen Wandel als Querschnittsaufgabe umgesetzt werden kann. In welcher Form der Erwerb informatischer Grundlagen im Primar- und Sekundarbereich am besten in zukünftige Schulbetriebe integriert werden kann, erproben wir bereits heute in wissenschaftlich begleiteten Modellversuchen. Und uns ist klar: Der Weg zur digitalen Kompetenz zukünftiger Gesellschaften erfordert eine außerordentliche Fortbildungsoffensive für die aktiven Lehrkräfte und fortschreitende Anpassung der Ausbildung zukünftiger Lehrer und Erzieher.</p> <p>Das Lernen in der digitalen Welt erfordert natürlich auch eine entsprechende Infrastruktur in den Schulen. Digitale Endgeräte sollen im Schul-Alltag selbstverständlich werden. Die Schulen müssen flächendeckend mit der entsprechenden Infrastruktur ausgestattet und die Lehrer*innen entsprechend weitergebildet werden. Wir werden die Kommunen als Schulträger dabei weiterhin aktiv unterstützen. Deshalb wollen wir etwa ermöglichen, dass digitale Medien im Rahmen der Lernmittelbereitstellung und Lernmittelbeschaffung statt der Schulbuchbeschaffung anerkannt werden. Mit dem Einsatz digitaler Medien könnte auch das lästige Kopiergeld vermieden werden.</p> <p>Wir GRÜNE wollen zudem eine moderne und transparente Lernumgebung für Schüler, Eltern und Lehrer schaffen, die mit Hilfe von digitalen Plattformen wie z.B. Logineo, Moodle usw. umgesetzt werden soll. Durch die kostenlose Bereitstellung dieser Software und einer umfassenden Fortbildung soll eine moderne und transparente Lernumgebung in allen Schulen in NRW geschaffen werden. Und wir werden den verstärkten Einsatz freier Software an den Schulen im Sinne von Open Educational Resources unterstützen und im Bereich der Medienkompetenz Themen wie den Datenschutz und verschiedene digitale Bedrohungen (technische wie soziale) nachhaltig behandeln.“</p>	<p>Computational Thinking planvoll zu erschaffen und zu verändern und an der digital geprägten Welt kommunikativ, kooperativ, kreativ und kritisch reflektierend teilzuhaben.</p> <p>Die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung wollen wir dabei auch in der Bildung als Querschnittsaufgabe fassen und in allen Schulfächern abbilden. Hierbei spielt die einzelne Schule als zentraler Ort des gemeinsamen Lernens im Kollegium und zwischen Lehrenden und Lernenden eine zentrale Rolle. In einer ersten Phase soll der bereits eingeführte Medienpass um informatische Kompetenzen erweitert und für alle Schüler verbindlich werden. Informatik als Wahlpflichtfach oder als IT-Grundbildung macht Sinn, damit Lernen im digitalen Wandel als Querschnittsaufgabe umgesetzt werden kann. In welcher Form der Erwerb informatischer Grundlagen im Primar- und Sekundarbereich am besten in zukünftige Schulbetriebe integriert werden kann, erproben wir bereits heute in wissenschaftlich begleiteten Modellversuchen. Und uns ist klar: Der Weg zur digitalen Kompetenz zukünftiger Gesellschaften erfordert eine außerordentliche Fortbildungsoffensive für die aktiven Lehrkräfte und fortschreitende Anpassung der Ausbildung zukünftiger Lehrer*innen und Erzieher*innen.</p> <p>Das Lernen in der digitalen Welt erfordert natürlich auch eine entsprechende Infrastruktur in den Schulen. Digitale Endgeräte sollen im Schul-Alltag selbstverständlich werden. Die Schulen müssen flächendeckend mit der entsprechenden Infrastruktur ausgestattet und die Lehrer*innen entsprechend weitergebildet werden. Wir werden die Kommunen als Schulträger dabei weiterhin aktiv unterstützen. Deshalb wollen wir etwa ermöglichen, dass digitale Medien im Rahmen der Lernmittelbereitstellung und Lernmittelbeschaffung statt der Schulbuchbeschaffung anerkannt werden. Mit dem Einsatz digitaler Medien könnte auch das lästige Kopiergeld vermieden werden.</p> <p>Wir GRÜNE wollen zudem eine moderne und transparente Lernumgebung für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen schaffen, die mit Hilfe von digitalen Plattformen wie z.B. Logineo, Moodle usw. umgesetzt</p>
--	--	--

				<p>werden soll. Durch die kostenlose Bereitstellung dieser Software und einer umfassenden Fortbildung soll eine moderne und transparente Lernumgebung in allen Schulen in NRW geschaffen werden.</p> <p>Die Arbeit mit einer solchen Lernumgebung muss auch dazu beitragen, über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung aufzuklären und hinsichtlich des Umgangs mit persönlichen Informationen in sozialen Netzwerken zu sensibilisieren.</p> <p>Wir GRÜNE werden den verstärkten Einsatz freier Software an den Schulen im Sinne von Open Educational Resources unterstützen. Im Bereich der Medienkompetenz müssen Themen wie Datenschutz, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, sensibler Umgang mit persönlichen Informationen in sozialen Netzwerken und verschiedene digitale Bedrohungen (technische wie soziale) nachhaltig behandelt werden. Deswegen wollen wir im Medienpass NRW den Fokus auf ein verantwortungsvolles Verhalten im Internet stärken.</p> <p>Die digitalen Erfahrungen können und sollen die sogenannten Primärerfahrungen nicht ersetzen.</p> <p>Bei der Entscheidung über den Einsatz von elektronischen Medien im Unterricht müssen auch die ökologische Bilanz sowie die Wartungskosten mit beachtet werden.</p>
WP-03-754	KV Paderborn	<p>folgender Satz möge anhängt werden: Die Arbeit mit einer solchen Lernumgebung muss auch dazu beitragen, über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung aufzuklären und hinsichtlich des Umgangs mit persönlichen Informationen in sozialen Netzwerken zu sensibilisieren.</p>	Erledigt durch modifizierte Übernahme von WP-03-747	
WP-03-757	KV Lippe	<p>Ersetze Zeile 757 durch: Die Digitalisierung in den Schulen wollen wir mit Bedacht weiter entwickeln.</p>	Erledigt durch modifizierte Übernahme von WP-03-747	
WP-03-769	KV Lippe	<p>Anfügen nach Z. 769: Die elektronische Aufrüstung der Schulen ist aber nicht das zentrale Element GRÜNER Schulentwicklung. Kindern fehlen heute vor allem oft die sogenannten Primärerfahrungen, die durch den Aufenthalt in der virtuellen Welt nicht zu ersetzen sind. Vielen Kindern fällt es schon jetzt schwer, eine leserliche und zügige Handschrift auszubilden. Die Digitalisierung in den Schulen darf nicht dazu</p>	Erledigt durch modifizierte Übernahme von WP-03-747	:

		<p>führen, dass Lernzeit für den Erwerb und die Pflege elementarer Kulturtechniken fehlt.</p> <p>Elektronische Medien sind wartungs- und kostenintensiv und verursachen nach Ende ihrer Nutzungsdauer erhebliche Mengen an Sondermüll. Die Nutzungszyklen elektronischer Geräte sind relativ kurz. Eine flächendeckende Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit Tablets etwa lehnen wir von daher ab.</p>		
WP-03-769-2	GRÜNE JUGEND NRW	<p>Füge neuen Absatz ein: „Dazu gehört auch, dass heute nahezu jede*r Schüler*in soziale Netzwerke nutzt. Das möchten wir nicht unterbinden, sondern Kindern den verantwortungsvollen Umgang zeigen und dabei auch für Risiken und Gefahren sensibilisieren. Deswegen wollen wir im Medienpass NRW den Fokus auf ein verantwortungsvolles Verhalten im Internet stärken.“</p>	Erledigt durch modifizierte Übernahme von WP-03-747	
WP-03-802	KV Lippe u.a.	<p>Zeile 802-804: Ersetze „Wir fördern die Vielfalt von Schulen, die Bildung ganzheitlich begreifen und dazu beitragen, das Schulsystem sozial gerechter, inklusiver und damit leistungsstärker zu machen.“ durch: „Schulen in freier Trägerschaft werden dort gefördert, wo das Angebot an staatlichen Schulen nicht mehr ausreichend den Bedarf deckt. Wo ein ausreichendes Angebot an Schulen in staatlicher Trägerschaft besteht, werden diese im Hinblick auf ihre besondere gesellschaftliche Bedeutung bei der Integration und der Verhinderung von Segregation gefördert. Es wird angestrebt diese besondere Bedeutung staatlicher Schulen für die Integration und Inklusion aller Kinder, egal welcher Herkunft oder welchen finanziellen, sozialen und kulturellen Hintergrunds auch im Schulgesetz NRW zu verankern.“</p>	Modifizierte Übernahme	Wir fördern Schulen, die Bildung ganzheitlich begreifen und dazu beitragen, das Schulsystem sozial gerechter, inklusiver und damit leistungsstärker zu machen.
WP-03-805	KV Lippe	<p>nach „fundierten“ einfügen: ... weltoffenen, die pluralistische Gesellschaft bejahenden ...</p>	Modifizierte Übernahme	Streiche: Der Bildungsanspruch aller Kinder und Jugendlichen auf einen wissenschaftlich fundierten Unterricht muss eingelöst werden.
WP-03-816	Kreisverband Leverkusen u.a.	<p>neu: „Jedes Kind braucht seine Zeit – Regelschulzeit G9 – Öffnungsklausel für verkürzte Bildungsgänge“</p>	Erledigt durch Übernahme von WP-03-449-2	
WP-03-849	Kreisverband Leverkusen u.a.	<p>neu: „Um Eltern, Kindern und Schulen eine klare Orientierung zu</p>	Erledigt durch Übernahme	

		ermöglichen wollen wir die Regelschulzeit G9 an Gymnasien wieder einführen verbunden mit einer Öffnungsklausel, so dass Schulen zusätzlich zum Pflichtangebot G9 verschiedene Optionen für eine flexible Lernzeit anbieten können. Das können etwa zwei unterschiedlich lange Gymnasialzüge bis zur Oberstufe entweder ab Klasse 6 oder 7 sein oder eine sogenannte Springerklasse 10. Bei der zuletzt genannten Variante wird nach der 9. Klasse entschieden, ob Schüler*innen die Klasse 10 überspringen und direkt in die Klasse 11 gehen. Daneben bleibt die schon immer vorhandene Möglichkeit, dass auf Beschluss der Versetzungskonferenz einzelne besonders leistungsfähige Schüler*innen Klassen überspringen.“	<p>von WP-03-849-2</p> <p>geändert wird in WP-03-849 der Satz</p> <p>Alt: An jedem Gymnasium, auch an kleinen Gymnasien, ist ein acht- oder neunjähriger Weg zum Abitur möglich.</p> <p>Neu: An jedem Gymnasium, auch an kleinen Gymnasien, wird ein acht- oder neunjähriger Weg zum Abitur angeboten.</p>	
WP-03-849-2	Sylvia Löhrmann u. a.	<p>Streiche Zeile 849 – 855</p> <p>„Um den Schulen einen sanften Weg für diese Veränderung zu ermöglichen, wollen wir im Schulgesetz eine Öffnungsklausel verankern, so dass die Schulen verschiedene Optionen für die flexible individuelle Lernzeit bekommen. Das können etwa tägliche individuelle Lernzeiten wie bei der Dalton-Pädagogik, zwei unterschiedlich lange Gymnasialzüge bis zur Oberstufe entweder ab Klasse 6 oder 7 oder eine sogenannte Brückenklasse 10 sein. Bei der zuletzt genannten Variante wird nach der 9. Klasse entschieden, ob Schüler*innen direkt in Klasse 11 gehen, oder ein Brückenjahr brauchen.“</p> <p>Neu:</p> <p>„Um den Schulen einen sanften Weg für diese Veränderung zu ermöglichen, wollen wir den Schulen im Schulgesetz verschiedene Optionen für die individuelle Lernzeit ermöglichen. Die Kernpunkte unseres Modells sind die folgenden:</p>	<p>Übernahme mit Änderung siehe WP-03-849</p>	

		<p>Der schulrechtliche Rahmen ist für alle Gymnasien gleich. Damit sichern wir Vergleichbarkeit, Durchlässigkeit und Mobilität. An jedem Gymnasium, auch an kleinen Gymnasien, ist ein acht- oder neunjähriger Weg zum Abitur möglich.</p> <p>Individuelle Lernzeit findet in den Klassen 7 bis 10 statt. Die Eltern und Schüler*innen werden aufgrund der Lern- und Leistungsentwicklung ihres Kindes umfassend beraten, die Entscheidung über den weiteren Weg wird nach der Erprobungsstufe, Klasse 6 getroffen.</p> <p>Es gibt zwei Wege zur individuellen Lernzeit: Entweder bildet die Schule nach der Klasse 6 einen dreijährigen und einen vierjährigen Zweig. Oder die Schule bietet allen Kindern in diesem Zeitraum neben dem Unterricht im Klassenverband auch individuelle Lernzeiten an, mit Wahlpflichtfächern und dem Besuch des Unterrichts höherer und/oder niedriger Jahrgangsstufen je nach Lernfortschritt. Dann kann die Zeit bis zur Oberstufe fünf oder sechs Jahre dauern. Die gymnasiale Oberstufe selbst bleibt dreijährig. Zukünftig wird auch an den Gymnasien grundsätzlich der mittlere Bildungsabschluss erworben.</p> <p>Die Gesamtschulen erhalten ebenfalls die Möglichkeit, die Schullaufbahn zukünftig noch individueller zu gestalten. Die zweite Fremdsprache beginnt an allen weiterführenden Schulen wieder mit der Klasse 7.</p> <p>Wie GRÜNE wollen, dass bis 2019/2020 alle betroffenen Schulen die individuelle Lernzeit anbieten. Zuvor starten wir eine entsprechende Fortbildungsoffensive für die Lehrkräfte mit extra Zeit.</p> <p>Unser Modell der individuellen Lernzeit verbindet die Strukturdebatte um G8 und G9 mit der Frage der Schulentwicklung und schlägt somit zwei Fliegen mit einer Klappe. Die leidige Diskussion um die Dauer der Schulzeit wird aufgelöst und Schulen können sich ausgehend von ihrer Situation weiter entwickeln und so den bestmöglichen Unterricht anbieten. Davon profitieren alle: Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern.“</p>		
WP-03-857	GRÜNE JUGEND NRW	<p>Ergänze neuen Satz: „Für uns GRÜNE hört die Individualisierung von Schule jedoch nicht bei der Schulzeit auf. Wir wollen auch in weiteren Bereichen die Möglichkeit dafür schaffen, dass Schüler*innen zählen – und nicht Kriterien. Deswegen wollen wir beispielsweise Ziffernnoten in weiten Teilen durch ein individuelles Feedback-System ersetzen.“</p>	Modifizierte Übernahme	<p>Ergänze neuen Satz hinter Zeile 527: Die klassischen Schulnoten geben zu wenig differenzierte Rückmeldung über die individuelle Leistungsentwicklung. Deshalb wollen wir weiterhin an neuen Formen der Leistungsbewertung und einer qualifizierten Feedback-Kultur arbeiten, die Schüler*innen und die Eltern einbezieht und auch alternative Formen wie individuelle Lernvereinbarungen und Lerntagebücher umfasst.</p>
WP-03-882	GRÜNE JUGEND	<p>Ergänze nach Z. 882: “Deswegen werden wir GRÜNE u.a. dafür</p>	Modifizierte	<p>Ergänze nach Zeile 882:</p>

	NRW	sorgen, dass an jeder Schule in NRW mindestens eine*n ausgebildeten Schulsozialarbeiter*in beschäftigt wird.“	Übernahme	Deswegen werden wir GRÜNE uns in Bund, Land und Kommunen dafür einsetzen, dass Schulsozialarbeit dauerhaft flächendeckend angeboten wird.
WP-03-886	KV Dortmund	Deshalb müssen die Grundschullehrkräfte in Zukunft besser bezahlt werden und auch die Grundschulleitungen höhergestuft werden. Ebenso wollen wir die Bezahlung der Lehrkräfte in der Sekundarstufe I angleichen. ersetzen durch Deshalb wollen wir, dass alle Lehrkräfte – unabhängig von der Schulform – in gleicher Weise entlohnt werden. Ebenso sollen die Grundschulleitungen höhergestuft werden. (Das Fazit in Zeilen 903/904 muss dann entsprechend angepasst werden)	Modifizierte Übernahme	Ersetze Zeile 886-888: Deshalb wollen wir, dass Grundschullehrkräfte in Zukunft besser bezahlt werden. Ebenso wollen wir die Bezahlung der Lehrkräfte in der Sekundarstufe I angleichen. Wir GRÜNE wollen, dass die Lehrer*innen unabhängig von der Schulform bezahlt werden.
WP-03-889	KV Dortmund	Zeile: 889 Ergänzung im Satz: Auch zwischen verbeamteten und angestellten Lehrkräften bestehen deutliche Ungerechtigkeiten insbesondere in der Bezahlung , die in Zukunft tarifvertraglich abgeschmolzen werden müssen.	Übernahme	
WP-03-891	Robert Schallehn u.a.	nach 891 Wir wollen zudem die schlechtere Bezahlung von Referendarinnen und Referendaren beenden, die keine private Krankenversicherung bekommen können. Zudem sollen auch Referendare, die beim zweiten Staatsexamen durchgefallen sind und 6 Monate verlängern müssen, ohne Abzüge weiter bezahlt werden.	Modifizierte Übernahme in WP 05	Füge ein in WP 05 , Zeile 504: Wir wollen zudem die Beamtenanwärter*innen unterstützen, die keine private Krankenversicherung bekommen. Härten bei den Beamtenanwärter*innen, die Ausbildungszeiten verlängern müssen, sollen geprüft werden mit dem Ziel, sie in der Regel ohne Abzüge weiterzubezahlen.
WP-03-922	LAG Wirtschaft	Es wird von einem "Bachelor an Fachschulen" gesprochen. Hier muss es wohl Fachhochschulen lauten. Da immer mehr Fachhochschulen sich in Hochschule umbenennen (ohne "Fach") schlagen wir vor, hier nur "Hochschulen" zu schreiben.	Modifizierte Übernahme	Streiche in Zeile 921/922 die Worte „und zum Bachelor in den Fachschulen“.
WP-03-946	LAG Frauen	Die Wirkung von Geschlechterklischees und Rollenerwartungen wollen wir durch eine geschlechtersensible Beratung minimieren, um die Jugendlichen dazu zu ermutigen, ihre persönlichen Interessen bei der Berufswahl zu verfolgen.	Übernahme	
WP-03-951	Lisa-Marie Friede	Füge ein: „Jedes Jahr arbeiten tausende junge Menschen im Freiwilligendienst. Wer sich freiwillig für ein FSJ, FÖJ oder einen ähnlichen Dienst entscheidet, leistet wertvolle Beiträge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und verdient unseren Respekt. Für GRÜNE ist klar, dass diese freiwillige Arbeit nicht zur Ausbeute oder zur finanziellen Belastung führen darf. Daher wollen wir die	Übernahme	

		finanzielle Absicherung sicherstellen und setzen uns für ein landesweites Ticket für Menschen im Freiwilligendienst und Auszubildende ein. Ebenso wollen wir die Anerkennungspraxis als Bildungsmaßnahme evaluieren und verbessern.“		
WP-03-971	LAG Wirtschaft	Dabei zahlen alle Unternehmen ab einer bestimmten Größe in einen Ausbildungsfond ein,	Erledigt durch modifizierte Übernahme von WP-04-861-2	
WP-03-989	GRÜNE JUGEND NRW	Füge nach Zeile 989 neuen Absatz ein: „Viele Betriebe sind wegen ihrer Größe nicht in der Lage, ihren Auszubildenden Nahverkehrstickets zu bieten und zu bezahlen. Deswegen müssen viele Auszubildende, gerade in ländlichen Regionen, einen Großteil ihres geringen Gehalts in eigene Tickets oder ein Auto stecken. Dem wollen wir entgegenwirken und daher über die Landesverkehrsgesellschaft ein subventioniertes NRW-Ticket für Auszubildende einführen.“ und Aufnahme eines Punktes nach Zeile 993: „Einführung des NRW-Tickets für Auszubildende“	Mod. Übernahme in WP-02	In WP-02 , Zeile 165 einfügen: „Viele Betriebe sind wegen ihrer Größe nicht in der Lage, ihren Auszubildenden Nahverkehrstickets zu bieten und zu bezahlen. Deswegen müssen viele Auszubildende, gerade in ländlichen Regionen, einen Großteil ihres geringen Gehalts in eigene Tickets oder ein Auto stecken. Dem wollen wir entgegenwirken und streben mit allen Beteiligten an, dass es ein landesweit gültiges und günstiges Ausbildungsticket gibt.“
WP-03-1011	Hans-Jürgen Klein u.a.	„Die Freiheit von Lehre und Wissenschaft ist ein hohes Gut. Ein einseitiges auf neoliberale Wirtschaftstheorien begrenztes Studium ist für uns nicht mit diesen Grundsätzen vereinbar. Wir Grüne setzen uns daher dafür ein, in Wissenschaft und Lehre das ganze Spektrum Wirtschaftswissenschaftlicher Theorien im Studium zu vermitteln.“	Modifizierte Übernahme	Hierzu gehört, dass die Pluralität wissenschaftlicher Theorien – bspw. in den Wirtschaftswissenschaften – in der Lehre adäquat abgebildet ist.
WP-03-1035	KV Siegen-Wittgenstein	Einfügen: Ebenso wollen wir die Möglichkeit des berufsbegleitenden Studiums an staatlichen Hochschulen in NRW weiter ausbauen.	Modifizierte Übernahme	Übernahme als Anschluss an den Satz 1134 mit geänderter Formulierung: Außerdem wollen wir die Möglichkeiten des berufsbegleitenden Studiums an öffentlichen Hochschulen weiter ausbauen.
WP-03-1082	GRÜNE JUGEND NRW	Zeile 1082-1083 Ergänze: „Die Anwendung der mit dem Hochschulzukunftsgesetz eingeführten Friedensklausel an den Hochschulen wollen wir im Blick behalten. Perspektivisch wollen wir an allen Hochschulen eine Zivilklausel einführen.“	Zurückgezogen für Antrag NEU WP-03-1082-3	
WP-03-1082-2	René El Saman u.a.	„Universitäten und Hochschulen sind Orte ziviler Bildung. Hochschullehre und Forschung müssen zivil bleiben und dürfen nicht militärischen oder Rüstungszwecken dienen. Eine Finanzierung von Professuren oder Hochschulforschung durch Militär oder Rüstungsunternehmen lehnen wir ab und werden alles	Zurückgezogen für Antrag NEU WP-03-1082-3	

		landesgesetzlich und landespolitisch Mögliche tun, um eine schleichende Militarisierung unserer zivilen Hochschulen zu verhindern. Dazu gehört, dass wir die Beachtung der Zivilklausel im Landes-Hochschulgesetz NRW und das Transparenzgebot genau monitoren und Hochschulaktiven, die sich für die Durchsetzung von Zivilklauseln an ihren Einrichtungen einsetzen, unterstützend zur Seite stehen werden.“		
NEU: WP-03-1082-3 (aus WP-03-1082 und WP-03-1082-2)	GRÜNE JUGEND NRW und René El Saman u.a.	<p>Universitäten und Hochschulen sind Orte ziviler Bildung. Hochschullehre und Forschung müssen zivil bleiben und dürfen nicht militärischen oder Rüstungszwecken dienen. Eine Finanzierung von Professuren oder Hochschulforschung durch Militär oder Rüstungsunternehmen lehnen wir ab.</p> <p>Die Anwendung der mit dem Hochschulzukunftsgesetz eingeführten Friedensklausel an den Hochschulen wollen wir im Blick behalten. Perspektivisch wollen wir an allen Hochschulen eine Zivilklausel einführen.</p> <p>Wir werden alles landesgesetzlich und landespolitisch Mögliche tun, um eine schleichende Militarisierung unserer zivilen Hochschulen zu verhindern.</p> <p>Dazu gehört, Hochschulaktiven, die sich für die Durchsetzung von Zivilklauseln an ihren Einrichtungen einsetzen, unterstützend zur Seite zu stehen.“</p>	Modifizierte Übernahme	<p>Ersetze Z. 1082-1083: Universitäten und Hochschulen sind Orte ziviler Bildung. Hochschullehre und Forschung müssen zivil bleiben und sollen nicht militärischen oder Rüstungszwecken dienen. Die Anwendung der mit dem Hochschulzukunftsgesetz eingeführten Klausel für friedliche Forschung an den Hochschulen wollen wir im Blick behalten. Wir setzen uns dafür ein, dass viele Hochschulen eigene Zivilklauseln einrichten; dafür werden wir den Hochschulaktiven, die sich dafür einsetzen, unterstützend zur Seite stehen.“</p> <p>Außerdem gibt es ja noch die mod. Übernahme zum Antrag WP-02-272, die mit dem Antragsteller konsentiert ist und lautet: "Im Land NRW sollen auch zukünftig keine Subventionen in die Rüstungsforschung fließen. Private Drittmittel im Bereich der Rüstungsforschung dürfen keine weiteren staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen aktivieren.</p>
WP-02-272	Werner Hager u.a.	“Im Land NRW soll zukünftig keinerlei Subvention in die Rüstungsindustrie- und Rüstungsforschung fließen. Insbesondere sollen auch Drittmittel im Bereich der Rüstungsforschung keine weiteren Zuschüsse aktivieren. Das Land soll Universitäten, Institute und Forscher*innen ermutigen, in ihren Patentschriften die militärische Nutzung auszuschließen.“	Modifizierte Übernahme	<p>Füge ein hinter Zeile WP-03-1279:</p> <p>Im Land NRW sollen auch zukünftig keine Subventionen in die Rüstungsforschung fließen. Private Drittmittel im Bereich der Rüstungsforschung dürfen keine weiteren staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen aktivieren.</p>
WP-03-1116	LAG Hochschule	Ergänze: „Zudem wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen auf die Abschaffung von Mindestnoten und ähnlichen Zugangshürden beim Masterzugang hinarbeiten, damit keine Studienplätze trotz interessierter Bewerber*innen mit weniger guten Noten frei bleiben. Auch wollen wir daran arbeiten, zu eng gefasste fachliche Zugangshürden abzubauen, die studentische Mobilität bzw. einen Hochschulwechsel verhindern.“	Übernahme	

WP-03-1132	KV Siegen-Wittgenstein	Außerdem wollen wir die neu geschaffenen....	Zurückgezogen	
WP-03-1141	LAG Säkulare Grüne	streiche Zeile 1141-1144	Zurückgezogen	
WP-03-1192	KV Siegen-Wittgenstein	Für das Wissenschaftszeitvertragsgesetz fordern wir eine Mindestzeitlaufzeit von in der Regel zwei Jahren für die Arbeitsverträge von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen auf Qualifikationsstellen. ...	Modifizierte Übernahme	Für das Wissenschaftszeitvertragsgesetz fordern wir eine Mindestzeitlaufzeit von zwei Jahren für die Arbeitsverträge von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen auf Qualifikationsstellen, die nur unterschritten werden darf, wenn dies sachlich begründet ist.
WP-03-1300	Arbeitsgruppe Weiterbildung mit u.a.	1300 bis 1302 Die größere gesellschaftliche Bedeutung von Weiterbildung ist durch wachsende Aufgaben – etwa in der Grundbildung, in der Beratung und Vernetzung, im Offenen Ganzttag,– hinreichend belegt.	Übernahme	
WP-03-1358	Arbeitsgruppe Weiterbildung mit u.a.	Zeile 1358 bis 1364 Weitere Qualifizierungsmaßnahmen werden durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter getragen. Die Träger dieser Maßnahmen müssen sich an das Mindesthonorar in der Weiterbildung halten, um ausgewählt werden zu können und sollten sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten. Wir GRÜNE wollen, dass sie hier in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen und Landeseinrichtungen tätig sind, damit alle am selben Strang ziehen. Die Qualitätssicherung von Maßnahmen aller Träger ist gleichwertig zu beurteilen. Alle anerkannten Qualitätstestierungssysteme sind zu berücksichtigen.	Übernahme	
WP-04-853	LAG Wirtschaft	Ausbildung fördern – Ausbildungsplatzabgabe einführen Alt: Zeile 854 Nach wie vor gibt es in manchen Regionen und Berufen zu wenige Ausbildungsplätze. Neu: Ausbildung fördern – Chancen und Perspektiven der Berufsausbildung durch Angleichung von Meister und Bachelor erweitern und ausbauen Das berufliche Spektrum in Deutschland ist vielfältig. Dies schließt neben einem Studium auch das duale Studium ebenso mit ein wie eine Berufsausbildung. Es ist möglich, ein Studium nach einer Berufsausbildung anzuschließen. Diese Vielfältigkeit ist der Schlüssel zum Erfolg. Die weitere Angleichung von Meister und Bachelor wäre ein weiterer Baustein für die Verknüpfung von Studium und Handwerk. Wir brauchen Seiteneinsteiger für das Handwerk.	Modifizierte Übernahme	In WP 03, nach modifizierter Übernahme von WP-03-989 einfügen: Das berufliche Spektrum in Deutschland ist vielfältig. Dies schließt neben einem Studium das duale Studium ebenso mit ein wie eine Berufsausbildung. Es ist möglich, ein Studium nach einer Berufsausbildung anzuschließen. Diese Vielfältigkeit ist der Schlüssel zum Erfolg. Die weitere Angleichung von Meister und Bachelor wäre ein weiterer Baustein für die Verknüpfung von Studium und Handwerk. Wir brauchen Seiteneinsteiger*innen für das Handwerk.